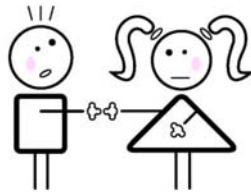


SONICHT HERRMINISTER!



WIR WEHREN UNS GEGEN KIBIZ,
DAS NEUE KINDERBILDUNGSGESETZ
DER LANDESREGIERUNG NRW

Dortmund/Düsseldorf, 7.8.2007

Presseerklärung

SO NICHT – Erzieherinnen, Eltern und Verbände kritisieren den Regierungsentwurf und unterstützen den Protest gegen das Kinderbildungsgesetz

„Jetzt geht es richtig los!“ Mit dieser Ankündigung weist **Gerhard Stranz**, ein Sprecher für verschiedene **Aktionen „SO NICHT“**, darauf hin, dass der Protest gegen den Regierungsentwurf des Kinderbildungsgesetzes jetzt massiver werden wird. Die vorgesehenen Neuregelungen entsprechen in keiner Weise den von der Landesregierung selbst vorgegebenen Zielen. Das Gesetz ist nicht nur unterfinanziert, sondern auch pädagogisch völlig inakzeptabel.

Leider werden die vielen negativen Auswirkungen des Gesetzes nicht unmittelbar erkennbar, weil sie durch politische Schönrederei überdeckt werden.

„Der Gesetzentwurf basiert auf unzutreffenden Grundannahmen und falschen Daten“, so Gerhard Stranz. Die vorgesehenen Regelungen würden nach einer kritischen Würdigung und Auswertung von in anderen Bundesländern gemachten Erfahrungen zu drastischen Belastungen für Eltern, Mitarbeiterinnen, Träger und Kommunen führen.

„Es verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen“, stellt **Marianne Buhl**, Erzieherin (Katholische Erziehergemeinschaft), fest, obwohl im Gegensatz dazu die Landesregierung deren Berufsaussichten rosarot ausmalt. Durch die völlige Aufgabe von Standards ist ein angemessenes Erzieher-Kind-Verhältnis nicht mehr gesichert. Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Zeiten für die Erfüllung neu hinzugekommener Dokumentations- und Managementzeiten sind völlig unzureichend. Vor allem in Gruppen mit Kurzzeitbetreuung (25 Wochenstunden) ist kein ausreichendes Einkommen mehr zu erzielen.

Eltern müssen sich grundsätzlich nicht nur auf weiter steigende Elternbeiträge einstellen. Das Land beschreitet damit eine Linie, die im völligen Gegensatz zu der Diskussion um die Beitragsfreiheit steht. In anderen Bundesländern ist sie entweder bereits beschlossen oder sie wird schon praktiziert. Die Verlagerung der Verantwortlichkeit auf die Kommunen bedeutet für **Britta Discher**, Elternteil (Fachreferentin beim Deutschen Kinderschutzbund): „Bildungschancen werden nach Finanzkraft der Kommune bestimmt. Das hat nichts mit Chancengleichheit zu tun. Kindergärten und Tagesstätten sind **überall** Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Erziehung und als solche Teil des Generationenvertrages. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine stufenweise Abschaffung des Elternbeitrags und lehnen eine Festsetzung des völlig unrealistischen Elternbeitrags von 19% ab. Nur so kann eine aktive Bildungsförderung aller Kinder gewährleistet werden.“

Die bisher verbindlichen Regelungen zur Elternmitwirkung sollen aufgehoben werden. Dies führt dazu, dass die für eine verlässliche Beteiligung erforderlichen klaren Strukturen entfallen würden. Auch die Elternmitwirkung über die einzelne Einrichtung hinaus fehlt, die z.B. im Schulbereich vorgesehen ist.

Neben der bereits vor der Sommerpause deutlich werdenden Kritik, die nicht nur von Eltern, Mitarbeiterinnen und Trägern kam, haben auch Städte wie Düsseldorf und Bielefeld auf die negativen Auswirkungen aufmerksam gemacht. Auch die Freie Wohlfahrtspflege hat sich am Tage vor der Einbringung des Regierungsentwurfes gegen seine Umsetzung ausgesprochen.

SO NICHT! Unter diesem Motto wird mit einem Flugblatt auf zentrale Unzulänglichkeiten des Gesetzentwurfs aufmerksam gemacht. Es werden Unterschriften gesammelt, die im Rahmen einer Großveranstaltung am 15.9.2007 dem Landtag und der Landesregierung übergeben werden sollen.

Neben vielen regionalen Veranstaltungen ist durch die Bildungsgewerkschaft VBE eine Aktionswoche „Kinderbildungsgesetz Großer Titel – keine Mittel; Politik und Praxis im Dialog“ geplant. Unter dem Motto „Das KiBiz ist zu schlicht – am 6.9.2007 sind Einrichtungen dicht“ sei zudem angeregt worden, das möglichst viele Einrichtungen an diesem Tag schließen und sich z.B. bei Betriebsausflügen oder Bildungstagen eine Auseinandersetzung mit dem Gesetzesvorhaben leisten.

„Jetzt geht es richtig los“, verspricht Gerhard Stranz vor allem der Landesregierung. Leider!!! Der Landtag darf keinesfalls diesen Entwurf verabschieden – SO NICHT!

Ansprechpartner:

Gerhard Stranz

c/o Internationale Vereinigung der Waldorfkindergärten
Mergelteichstraße 59 – 44225 Dortmund
Telefon: 0231/9761570 – Mobiltelefon: 0171/456 25 73
Telefax: 0231/9761580 – Email: inter.waldorf.nwr@t-online.de
www.waldorfkindergarten-nrw.de

An den Aktionen, die sich für Verbesserungen für Kinder und Familien und damit gegen die Regelungen des Regierungsentwurf werden, haben sich bisher 26 Zusammenschlüsse beteiligt:

Aktionsbündnis der Düsseldorfer Elterninitiativen
Arbeitsgemeinschaft Waldorfpädagogik
Aktionsgemeinschaft Düsseldorfer Elterninitiativen
AK KiBiz Dormagen
BVKJ - Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte BVKJ e.V.
Bundesverband evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen e.V., Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
DKSB – Deutscher Kinderschutzbund, LV NRW e.V.
Eltern helfen Eltern e.V.
Elterninitiativen im Paritätischen
Elternnetzwerk Bochum
EAF - Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Rheinland
EAF - Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen / Landesarbeitskreis Westfalen-Lippe
Familienbund der Katholiken Landesverband NRW
GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Landesverband NRW

Internationale Vereinigung der Waldorfkindergärten e.V.
Region NRW
KEG - Katholische Erziehergemeinschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen
KEKS - Kölner Eltern- und Kinderselbsthilfe e.V.
komba gewerkschaft - nordrhein-westfalen
LER - Landeselternrat für Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen e.V., Stadtelternrat Düsseldorf u.a.
Landesverband der Mütterzentren NRW
PEV - Progressiver Eltern- und Erzieherverband NW e.V.
ver.di - Landesbezirk NRW
VAMV, Verband alleinerziehender Mütter und Väter LV NRW e.V.
VBE - Verband Bildung und Erziehung, NRW
vbm - Verband berufstätiger Mütter e.V., Landesverband NRW
ZKD - Zentralverband der MitarbeiterInnen in Einrichtungen der kath. Kirche in Deutschland e.V., LV Erzieherinnen

Kindergartengesetz

GRÜNE unterstützen Proteste!

Zur heutigen Pressekonferenz des Aktionsbündnisses "SO NICHT" zu den KiBiz-Plänen von Minister Laschet erklärt Andrea Asch MdL, kinder- und jugendpolitische Sprecherin:

„Das Aktionsbündnis weist zu Recht darauf hin, wie eklatant Anspruch und Realität bei diesem Gesetzentwurf auseinanderklaffen. Beispiel Elternbeiträge: Die Landesregierung legt 19 Prozent fest und weiß doch, dass nur in wenigen Kommunen dieser Anteil überhaupt erreicht werden kann. So sahen sich schon viele Kommunen gezwungen, ihre Elternbeiträge zu erhöhen.

Und im nächsten Jahr wird es weitere Erhöhungen geben, dann kommen die Mehrbelastungen aus dem KiBiz hinzu. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher zahlen die Zeche für Laschets Symbolpolitik.

Andere Änderungen des neuen Entwurfes gehen zu Lasten der Kinder. Wenn es keine Begrenzungen der Gruppengrößen mehr gibt, wenn bewährte Formen wie die Kleine Altergemischte Gruppe aufgelöst werden, dann steht das Kindeswohl nicht mehr an erster Stelle.

Wir Grüne sehen uns durch die Argumente des Aktionsbündnisses 'SO NICHT' in unserer Kritik am KiBiz bestätigt. Deshalb unterstützen wir die Proteste von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern gegen das Gesetz.“

Original-Pressemitteilung vom 7.8.2007
Bündnis 90 / Die Grünen Landtagsfraktion NRW

Britta Altenkamp: Immer mehr Verbände stellen fest - Kibiz ist Mumpitz

Der Protest von weiteren 26 Verbänden und Organisationen gegen das Kibiz wird von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, nachhaltig unterstützt: "Immer mehr Verbände sind mit uns der Auffassung, das Kibiz ist Mumpitz! Die Kritik, der Gesetzentwurf sei 'pädagogisch völlig inakzeptabel und die Landesregierung betreibe politische Schönrede', ist absolut berechtigt." Wiederholt sei darauf hingewiesen worden, dass die Behauptung der Landesregierung, es würden neue Arbeitsplätze geschaffen, irreführend sei. Im Gegenteil werde der Anteil an Teilzeitplätzen zunehmen, sagte Altenkamp.

Das schwarz-gelbe Gesetz werde zudem dazu führen, ergänzte die SPD-Familienpolitikerin, dass Kinder aus Familien mit einem geringen oder gar keinem Einkommen in Zukunft nur noch 25 Stunden in der Woche in eine KiTa gehen könnten, weil den Kommunen nicht mehr Geld zur Verfügung stehe. "Auch das wird letztendlich zu einem Abbau von Stunden bei den Erzieherinnen führen", prognostizierte Altenkamp.

Original-Pressemitteilung vom 7.8.2007
SPD Landtagsfraktion NRW

Marie-Theres Kastner: Bildung, Betreuung und Erziehung - KiBiz trägt diesen Ansprüchen Rechnung

"Die Kindertageseinrichtungen sind für die Kinder da; ihre Bildung, Betreuung und Erziehung ist der Auftrag an die Träger und die Erzieherinnen. Und die Kindertageseinrichtungen sind für die Eltern da, damit sie nach ihren individuellen Bedürfnissen entscheiden können, wie viele Stunden am Tag sie ihre Kinder in die Einrichtung schicken wollen. Diesen Ansprüchen trägt das geplante Kinderbildungsgesetz Rechnung." Das betont die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Theres Kastner. Die CDU-Familienexpertin verweist darauf, dass trotz aller Kritik unumstritten sei, dass das alte GTK ersetzt werden müsse. "Denn das GTK wird den Bedürfnissen der Familien nicht mehr gerecht." Da stelle das KiBiz einen Systemwechsel dar, und entsprechend groß und verständlich sei die Unruhe in der Landschaft. Kastner: "Doch wir müssen diesen Systemwechsel heute einläuten, zum Wohle der Kinder und ihrer Eltern."

Original-Pressemitteilung vom 7.8.2007
CDU Landtagsfraktion NRW